

Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **95 (2004)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

ELWO: «Wahlmodell mit abgesicherter Stromversorgung»

Die Expertenkommission für eine Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO) unter Leitung von Alt-Regierungsrätin Dori Schaer-Born hat am 28. Januar 2004 den ersten Teil ihrer Arbeiten abgeschlossen. Gemäss ihrem Mandat hat die Kommission in den letzten Monaten die wesentlichen Eckwerte und Grundlagen für den Gesetzesentwurf festgelegt.

Aufgrund dieser Eckwerte wird eine Juristengruppe den Gesetzesentwurf für eine neue Elektrizitätswirtschaftsordnung in den nächsten Wochen erarbeiten und dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zur Bewertung vorlegen. Die Expertenkommission wird sich Anfang Juni 2004 mit dem erläuternden Bericht zum Gesetzesentwurf befassen und zusammen mit dem Departement dazu Stellung nehmen. Departementsvorsteher Moritz Leuenberger wird in der Folge entscheiden, ob und mit welchen Varianten der Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung gehen soll, und dem Bundesrat einen entsprechenden Antrag stellen.

Als zentrale Punkte der neuen Elektrizitätswirtschaftsordnung bezeichnet die Expertenkommission die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen für

die Versorgungssicherheit und die Grundversorgung im Elektrizitätssektor sowie die Regulierung der Stromnetze. Ein unabhängiger, privatrechtlich organisierter Netzbetreiber (CH TSO) regelt den Zugang zum Netz. Zusätzlich erhält eine unabhängige Elektrizitätskommission (Regulator) starke Kompetenzen. Die Mehrheit der Kommission möchte die Gesetzesvorlage mit flankierenden Massnahmen zur Stärkung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz ausstatten.

Die Kommission spricht sich für eine etappenweise Umsetzung der Marktöffnung aus. Endziel soll gemäss einer Mehrheit der Kommission das Marktmodell «Wahlmodell mit abgesicherter Stromversorgung» sein. Eine Minderheit lehnt dieses Modell ab, ist aber unter Vorbehalt bereit, die erste Etappe auf dem Weg zu diesem Endziel mitzutragen. Diese sieht eine Teilmarktöffnung vor. In den nächsten Wochen wird eine Untergruppe der Kommission an einer Konsenslösung für die technischen Details dieser ersten Etappe arbeiten.

Weiter ist eine Mehrheit der Kommission der Meinung, dass zwischen der ersten Etappe der Marktöffnung und dem angestrebten Endziel «Wahlmodell mit abgesicherter Stromversorgung» die Möglichkeit des fakultativen Referendums eingebaut werden soll. Zweck dieser

«Zwischenstation» ist es, die Erfahrungen aus der Teilmarktöffnung zu reflektieren und dann den Weg zum definitiven Ziel freizugeben. Eine Minderheit möchte das Wahlmodell direkt einführen. Die Expertenkommission befürwortet weiterhin die vorzeitige Umsetzung der Transitverordnung der Europäischen Union für die Transite bis Mitte 2005.

Quelle: Expertenkommission für eine Elektrizitätswirtschaftsordnung

Swisselctric lehnt ELWO-Ergebnisse ab

(se) Unter der Schirmherrschaft des Bundesamtes für Energie hat eine Expertenkommission die Eckwerte für die ELWO festgelegt. Die Kommission berücksichtige dabei jedoch die seit dem abgelehnten Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) erfolgte Entwicklung nicht, so swisselctric. Die Vorschläge würden keine Lösung für die sich anbahnende wilde Marktöffnung bringen und seien nicht europakompatibel.

Die swisselctric lehnt deshalb den Stand der Arbeiten entschieden ab und setzt sich für ein schlankes Gesetz mit dem Ziel einer raschen, umfassenden Strommarktöffnung ein.

Gewerkschaftsbund will keine voreilige Liberalisierung

(sgb) Die Expertenkommission des Bundes für eine Elektrizitätswirtschaftsordnung will über Eckwerte entscheiden, die dem Bundesrat für eine neue Strommarkt-Gesetzgebung dienen sollten. Es ist noch offen, ob eine Konsenslösung möglich ist. Die bisherigen Verhandlungen verliefen teilweise sehr kontrovers, so der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB).

Der Blitzableiter



Billig

Die zu billige europäische fossile Energiewirtschaft führt auch bei uns zu unerwünschten Verzerrungen auf dem Energiemarkt. Es ist seltsam, dass durch die Öffnung des Strommarkts selbst die auf lange Sicht voraussichtlich wirtschaftlichste Energieform – die Wasserkraft – zum Teil Probleme bekommt. Grundsätzlich sollten die Bedürfnisse der heutigen Generation gedeckt werden, ohne die Chancen der zukünftigen Generationen zu gefährden. Dies lässt sich jedoch auf einem «schnellen» Markt nicht verwirklichen. Es fehlen dazu die vollständige Kostenwahrheit und die Transparenz. Die in einem globalen Markt notwendige globale Harmonisierung der Rahmenbedingungen findet vorderhand noch auf dem tiefsten Niveau statt: der Verbrennung strategisch wichtiger Rohstoffe in wenigen Generationen. Dies ist vergleichbar mit der Verspeisung des Saatguts. In einer Welt, in der Politiker einen Horizont von vier Jahren und Wirtschaftsführer einen solchen von einem Geschäftsquartal haben, sinkt der Wille zur Entwicklung langfristiger Vorhaben zur Nutzung von Erdwärme, Wasserkraft, Solar- oder Kernenergie.

B. Frankl



Alt-Regierungsrätin Dori Schaer-Born leitet die Expertenkommission für eine Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO).

Aus dem Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz am 22. September 2002 liess sich ein klarer Volksauftrag ableiten: kurz- und langfristig sichere Stromversorgung zu stabilen Preisen sowie die dafür nötige Planungssicherheit für die Verteilwerke sowie Investitionssicherheit. Gemäss SGB sei der demokratische Wille zu respektieren.

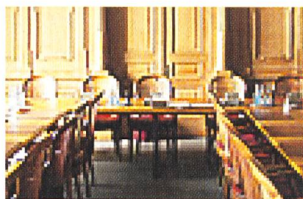
In der Zwischenzeit habe unter grossem Zeitdruck im Rahmen der Expertenkommission und ihrer Begleitgruppen ein meinungsbildender Sitzungsmarathon stattgefunden. Er stand unter gegensätzlichen Eindrücken. Einerseits beschloss die EU, den Strommarkt bis Mitte 2007 vollends zu liberalisieren. Andererseits zeigten sich stets mehr reale Folgen der Liberalisierung, die vor weiteren Öffnungsschritten warnen:

In den liberalisierten Strommärkten Europas gebe es immer häufiger kurzfristig massive Preisausschläge, zum Beispiel im Dezember 2002 oder im Sommer 2003. Zudem steige das Preisniveau unter liberalisierten Bedingungen ganz generell und entgegen früheren Annahmen. Die gravierendste Folge freier Strommärkte seien aber die vielen Blackouts des letzten Jahres, in Skandinavien, England sowie allen voran Mitte August über dem ganzen Nordosten der USA und Ende September in Italien.

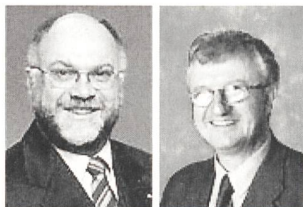
Quelle: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Neue Zusammensetzung der parlamentarischen Energiekommissionen (UREK)

(v/ef) Für die Legislatur 2004 – 2007 setzt sich die nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) parteipolitisch wie folgt zusammen: 7 SVP, 6 SP, 5 FDP, 2 Grüne, 4 CVP und 1 EVP. Die vollständige Liste der 25 Kommissionsmitglieder lautet:



Kommissionszimmer im Bundeshaus.



Ruedi Lustenberger (Präsident UREK-NR).

Rolf Büttiker (Präsident UREK-SR).

- Ruedi Lustenberger (Präsident) (CVP/LU)
- Barbara Marty Kälin (Vizepräsidentin) (SP/ZH)
- Ruedi Aeschbacher (EVP/ZH)
- Elvira Bader (CVP/SO)
- Martin Bäumle (GPS/ZH)
- Elmar Bigger (SVP/SG)
- Toni Brunner (SVP/SG)
- Sep Cathomas (CVP/GR)
- Maurice Chevrier (CVP/VS)
- Yves Christen (FDP/VD)
- Rolf Hegetschweiler (FDP/ZH)
- Robert Keller (SVP/ZH)
- Josef Kunz (SVP/LU)
- Pierre-Yves Maillard (SP/VD)
- Anne-Catherine Menétrey-Savary (GPS/VD)
- Werner Messmer (FDP/TG)
- Rudolf Rechsteiner (SP/BS)
- André Reymond (SVP/GE)
- Silvia Schenker (SP/BS)
- Christian Speck (SVP/AG)
- Jürg Stahl (SVP/ZH)
- Rudolf Steiner (FDP/SO)
- Doris Stump (SP/AG)
- Georges Theiler (FDP/LU)
- Ursula Wyss (SP/BE)

Die neue Zusammensetzung der ständerätlichen UREK unterscheidet sich kaum von der UREK-SR der letzten Legislatur. Die vollständige Liste der 13 Kommissionsmitglieder lautet:

- Rolf Büttiker (Präsident) (FDP/SO)
- Carlo Schmid (Vizepräsident) (CVP/AI)
- Christoffel Brändli (SVP/GR)

- Simon Epiney (CVP/VS)
- Rolf Escher (CVP/VS)
- Erika Forster (FDP/SG)
- Hans Hofmann (SVP/ZH)
- Hansheiri Inderkum (CVP/UR)
- Filippo Lombardi (CVP/TI)
- Gisèle Ory (SP/NE)
- Thomas Pfisterer (FDP/AG)
- Rolf Schweiger (FDP/ZG)
- Simonetta Sommaruga (SP/BE)

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats und des Ständerats bearbeiten die Bereiche Umwelt-, Natur- und Heimatschutz, Denkmalpflege, Gewässerschutz, Landes-, Regional- und Ortsplanung, Wasserwirtschaft, Energie und Energieversorgung, Forstwesen, Jagd und Fischerei.

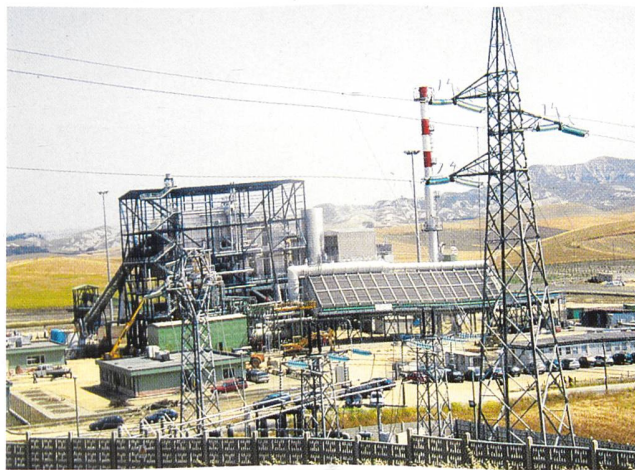
Das Schwergewicht liegt bei den aktuellen Energiefragen (Zweites Elektrizitätsmarktgesetz, Förderabgaben, erneuerbare Energien, Kernenergiegesetz) dann beim weitläufigen Thema Umwelt (Alpenkonvention, CO₂-Gesetz, Revisionen Waldgesetz, Nationalparkgesetz und Natur- und Heimatschutzgesetz, Meeresverschmutzung, Luftverunreinigung, Fluglärm) und am Schluss bei raumplanerischen Fragen.

Die UREK greifen vielfältige eigene Themen auf und verfolgen damit regelmässig die Entwicklung in relevanten politischen Bereichen (z.B. Windkraft-Generatoren, Umweltausenspolitik, Verwertung von

Kunststoffabfällen, Biodiversität, alpine Forschung, nichtionisierende Strahlung, umweltgerechte Innenstadtförderung, Lärmbekämpfung, Lufthygiene, Forstpolitik, Wasser und Geologie, Energieverstärker, Sonnenenergie, Elektromobile, Dieselverbilligung und Dieselpartikelfilter).

Italien importiert weniger Strom aus der Schweiz

(gs) Als Folge der Strompanne am 28. September 2003 in Italien importiert der italienische Stromversorger GRN weniger Strom aus der Schweiz. Bis im Frühjahr sollte der Export aber gegen das Niveau wie vor dem Zwischenfall erhöht werden können. Es seien bilateral zwischen den Netzbetreibern Massnahmen vereinbart worden, die zukünftig solche Pannen vermeiden sollen. Bis diese Massnahmen in die Praxis umgesetzt sind, bleibt der Stromexport aus der Schweiz reduziert. Werktags wird rund 10% weniger geliefert, an Wochenenden und in der Nacht gut 45% weniger. Beim Blackout in Italien waren am 28. September 2003 für 56 Millionen Menschen die Lichter ausgegangen. Der italienische Netzbetreiber GRN bezieht nach eigenen Angaben bis zu 17% seines Stroms aus dem Ausland, nachts sogar 25%.



Italien bezieht bis zu 17% seines Stroms aus dem Ausland. Neu erstellte Kraftwerke wie dieses Biomassekraftwerk (16 MW) in Cutro (Inbetriebnahme Ende 2003) können das Manko kaum ausgleichen (Bild Enelpower).

OECD empfiehlt Strommarktöffnung

(efch) Am 30. Januar 2004 wurde der neue OECD-Bericht 2003 über die Wirtschaftslage in der Schweiz präsentiert. Das anhaltend bescheidene Wirtschaftswachstum gebe der OECD zur Sorge Anlass. In den letzten Jahren habe sogar eine rückläufige Wirtschaftsleistung beobachtet werden müssen.

Um hierzu eine Kehrtwende herbeizuführen, seien rasche und ehrgeizige Strukturreformen zwingend. Der Schlüssel zu höherer Produktivität und stärkerem Wirtschaftswachstum in der Schweiz liegt gemäss Bericht darin, vorab in den geschützten Bereichen der Wirtschaft den Wettbewerb zu fördern. So empfiehlt die OECD der Schweiz u.a. den Gas- und Elektrizitätsmarkt vollständig zu liberalisieren, den Einfluss kantonalen und regionaler Behörden auf die Unternehmen zu reduzieren und die Förderung der erneuerbaren Energien von der Strommarktöffnung zu trennen.

Deutsche Energiewirtschaft vor Umbruch

(vdew) Auf die deutschen Stromunternehmen und ihre Kunden kommen 2004 entscheidende politische Weichenstellungen zu: «Die Stromwirtschaft erwartet, dass die Bundesregierung das Stückwerk ihrer Gesetzgebung endlich zu einem energiepolitischen Gesamtkonzept zusammenführt», erklärte Werner Brinker, Präsident des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin.

Die erneute Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes zusammen mit der geplanten Verordnung über den Zugang zu den Stromnetzen und der Einrichtung einer Regulierungsbehörde bringe wichtige Richtungsentscheidungen für den Wettbewerb im Strommarkt. Brinker: «Dabei müssen die unternehmerische Freiheit

und Investitionsfähigkeit der Unternehmen im Interesse der Versorgungssicherheit gewährleistet werden.»

Für den künftig hohen Investitionsbedarf in Kraftwerke und Netze müsste mit den Entscheidungen bereits 2004 begonnen werden. Die Branche fordert deshalb ein klares und verlässliches politisches Gesamtkonzept: «Die gleichrangigen energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit müssen in Einklang gebracht werden.»

Deutsches Kartellamt kritisiert Preiserhöhungen der Stromkonzerne

(e/ots) Der Präsident des deutschen Bundeskartellamtes, Ulf Böge, hat die Preiserhöhungen der Stromkonzerne zum Jahresbeginn scharf kritisiert. «Die Kalkulation der Unternehmen kann ich nicht nachvollziehen. Weder bei der Stromerzeugung noch bei den Leitungsnetzen sind im vergangenen Jahr besondere Kostensteigerungen angefallen. Ich vermute eher, dass hier Marktbeherrschung eine entscheidende Rolle spielt.»

Auf die Frage, ob die zuständigen Genehmigungsbehörden der Länder versagt hätten, sagte Böge, die Behörden «werden sich bestimmt Gedanken gemacht haben, wenn die Stromversorger Preiserhöhungen beantragen und gleichzeitig über gestiegene Firmengewinne berichten.» Böge beklagte, dass durch die Konzentration auf immer weniger Energieversorger der Wettbewerb stark gelitten habe.



Ulf Böge, Präsident des deutschen Bundeskartellamtes, rügt die grossen Stromkonzerne.

Energienotizen aus Bern



Internationale Kernenergie-Protokolle

(uvek) Der Bundesrat hat den ständigen Vertreter der Schweiz bei der OECD ermächtigt, die Protokolle zur Änderung des Pariser Übereinkommens über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiete der Kernenergie und des Brüsseler Zusatzübereinkommens vorbehaltlich der Ratifikation zu unterzeichnen.

Die Schweiz gehört zu den Erstunterzeichnern der in den Jahren 1960 bzw. 1963 im Rahmen der OECD getroffenen Haftpflichtübereinkommen von Paris und Brüssel. Einer Ratifikation stand jedoch bis heute entgegen, dass diese Übereinkommen auf dem Prinzip der beschränkten Haftung des Inhabers einer Kernanlage bei einem Unfall basieren. Demgegenüber sieht das schweizerische Recht eine unbeschränkte Haftung der Betreiber von Kernanlagen vor.

Dies hat sich durch die Protokolle zur Änderung der Übereinkommen von Paris und Brüssel geändert. Die neuen Bestimmungen gestatten es den Signatarstaaten ausdrücklich, in der nationalen Gesetzgebung eine unbeschränkte Haftung des Inhabers einzuführen bzw. beizubehalten. Damit wird eine Ratifikation für die Schweiz möglich. Die Unterzeichnung der Protokolle durch die interessierten Staaten soll am 12. Februar 2004 in Paris erfolgen.

Die überarbeiteten Bestimmungen garantieren eine Mindestdeckung für nukleare Schäden in der Höhe von 1,5 Milliarden Euro (2,25 Milliarden CHF). Sollte sich in einem der Mitgliedsstaaten ein Unfall mit Schadensfolgen auch für die Schweiz ereignen, würde die Ratifikation dieser Übereinkommen gewährleisten, dass geschädigte Schweizer Bürgerinnen und Bürger in diesem Fall gleich behandelt werden wie Geschädigte in anderen Ländern. Dies ist heute nicht der Fall.

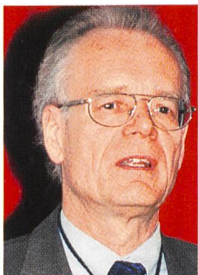
Gestrafftes Vernehmlassungsverfahren

(efch) Das Vernehmlassungsverfahren soll verwesentlich und gestrafft werden. Der Bundesrat hat am 21. Januar 2004 die Botschaft zu Händen des Parlaments verabschiedet. Neu sollen nur noch Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden bei Verfassungsänderungen, grundlegenden Gesetzesbestimmungen, völkerrechtlichen Verträgen, die dem Referendum unterliegen oder wesentliche Interessen der Kantone betreffen und andere Vorhaben, wenn sie von grosser politischer, finanzieller, wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer oder kultureller Tragweite sind oder wenn sie in erheblichem Mass ausserhalb der Bundesverwaltung vollzogen werden.

Deutschland: Milliarden für Kraftwerke unter Marktbedingungen

(Kw) Bis zum Jahr 2020 muss in Deutschland 20–30 000 MW konventionell-thermische Kraftwerksleistung aus Altersgründen ersetzt werden. Dazu kommen noch rund 20 000 MW Ersatz für Kernkraftwerke, falls die gegenwärtige Ausstiegspolitik weitergeführt wird. Eine im Auftrag der Elektrizitätswirtschaftlichen Verbände unter Führung des VDEW durch das Bremer Energie Institut (Prof. Wolfgang Pfaffenberger) erstellte Studie, welche am 15. Januar in Berlin vorgestellt wurde, kommt zu folgenden Schlüssen:

- Die notwendigen Investitionen in neue Kraftwerke müssen in Deutschland vorgenommen werden, weil europaweit im betrachteten Zeitraum nicht nur keine Überschüsse mehr vorhanden sind, sondern ein Bedarf nach neuen Kraftwerken in der Größenordnung von über 200 000 MW (!) besteht.
- Die Stromnachfrage wird weiterhin wachsen, wenn auch nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit.
- Die fossilen Energieträger werden – trotz Konflikten mit den Zielen CO₂-Reduktion, Auslandsabhängigkeit und Preisstabilität – weiterhin die Grundlage der Stromversorgung bleiben. Durch einen Mix aus (einheimischer) Braunkohle,



Prof. Wolfgang Pfaffenberger präsentiert Studie «Investitionen im liberalisierten Energiemarkt – Optionen, Marktmechanismen, Rahmenbedingungen».

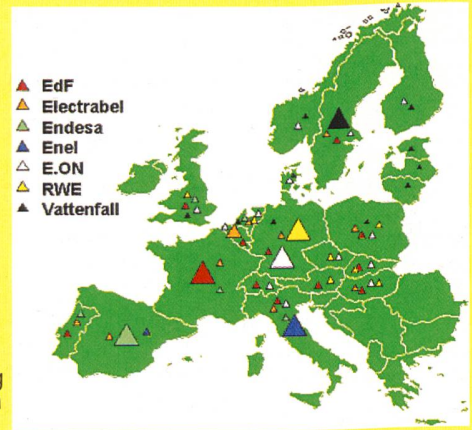
Steinkohle und Erdgas und durch die Verwendung von modernsten Technologien mit einem deutlich höheren Wirkungsgrad können Risiken und Nachteile minimiert werden.

- Erneuerbare Energieträger – in Deutschland steht hier die Windenergie im Zentrum – sind zwar umweltfreundlich, haben aber Defizite bei der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungszuverlässigkeit.
- Die gekoppelte Strom- und Wärmeproduktion (KWK) hat verschiedene Vorteile, ist aber durch den fallenden Wärmebedarf von neuen oder sanierten Gebäuden eingeschränkt. Auch eine grundlegende Verschiebung hin zu kleineren Erzeugungsanlagen zeichnet sich nicht ab, weil ihre Kosten verglichen mit Grossanlagen zu hoch sind.
- Unter Marktbedingungen werden Investitionen dann vorgenommen, wenn die künftigen Preise einen wirtschaftlichen Betrieb einer neugebauten Anlage erwarten lassen. Tatsächliche oder zu befürchtende Preiseingriffe aus politischen Gründen können diesen Mechanismus stören und notwendige Investitionen verhindern. Auch Eingriffe aus umweltpolitischen Gründen (z.B. Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten) müssen langfristig angelegt sein und nicht im nationalen Alleingang erfolgen.

Die Verbände der Stromwirtschaft betonen basierend auf dieser Studie einmal mehr die Trennung der Verantwortung zwischen dem Staat (klare, volkswirtschaftlich sinnvolle und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen) und der Wirtschaft (Investitionsentscheide). Sie fordern unter anderem, dass den verschiedenen Energietechnologien die Kosten verursachergerecht zugeordnet werden, also z.B. der Windenergie die Kosten für die speziell notwendigen Übertragungsleitungen und Ausgleichsenergie.

Stromversorger in der Kritik

(d) Der deutsche Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hat die Energieversorger wegen mehrfacher Erhöhungen der Strompreise scharf angegriffen. «Wenn einzelne Stromkonzerne zum wiederholten Mal ihre Strompreiserhöhungen auf die Förderung der erneuerbaren Energien schieben, dann ist das reine Abzockerei», sagte er der Zeitung Bild am Sonntag.



Oligopolisierung im europäischen Kernmarkt.

Studie zu Investitionen in der Energiewirtschaft

(gs) Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) empfiehlt, Investitionsentscheidungen mit langfristigen Auswirkungen zum künftigen Kraftwerksmix vorsichtig anzugehen. Solche betriebswirtschaftlichen Entscheidungen hängen im Wesentlichen von den langfristigen klimapolitischen Rahmenbedingungen und Umsetzungsstrategien ab. Gleichzeitig sollte aber die Förderung der Stromeinsparung in Angriff genommen werden. In der Studie «Investitionsoffensive in der Energiewirtschaft – Herausforderungen und Handlungsoptionen» wird zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau effizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und zum Vortreiben der Nutzung erneuerbarer Energieträger geraten. Die Studie wurde von den Grünen in Auftrag gegeben und kommt zu dem Ergebnis, dass die Elektrizitätswirtschaft in den nächsten drei Jahrzehnten einem einschneidenden Ersatzinvestitions- und Modernisierungsbedarf entgegenseht. Bis 2030 rechnet die Studie damit, dass eine Kraftwerksleistung

von mindestens 50 000 Megawatt ersetzt werden muss, diese Leistung könne sich bei einer umfassenden Modernisierung auf fast 80 000 Megawatt erhöhen. Dadurch muss die Stromwirtschaft ein Investitionsprogramm von 50 bis 60 Milliarden Euro umsetzen.

KWK-Richtlinie im Europäischen Parlament

(veö) Das Plenum des Europäischen Parlaments stimmte am 18. Dezember 2003 über den Richtlinienvorschlag zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung ab. Nach Trialoggespräch zwischen Europäischem Parlament, der Kommission und dem Rat reichte der Ausschuss des Europäischen Parlaments 20 Kompromissänderungen zur Abstimmung im Plenum ein. Diesen wurde zugestimmt.

Durch diese Einigung scheint ein Vermittlungsverfahren vermieden werden zu können. Der Richtlinienvorschlag enthält nun keine verbindlichen nationalen bzw. europäischen Zielvorgaben mehr, so wie ursprünglich gefordert. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, ihr nationales Potenzial zu analysieren.



Spanische und portugiesische Versorger können bald auf der gesamten Iberischen Halbinsel Strom anbieten (grösstes Wasserkraftwerk in Spanien: Aldeadavila / Foto Iberdrola).

Gemeinsamer iberischer Strommarkt

(d) Spanien und Portugal legen ihre Strommärkte zusammen. Die Ministerpräsidenten beider Staaten, José María Aznar und José Manuel Durão Barroso, schlossen am 20. Januar ein Abkommen zur Schaffung eines gemeinsamen iberischen Elektrizitätsmarktes (MIBEL). Mit der Zusammenlegung wollen beide Länder sich für die geplante Liberalisierung der Energiemärkte in der Europäischen Union wappnen. In der Praxis dürfte das Übereinkommen allerdings erst 2006 in vollem Umfang wirksam werden. Die Stromnetze beider Länder sind bislang noch kaum miteinander verbunden.

Grosse Stromausfälle auch im Jahr 2004?

(a) Stromverbraucher in Europa müssten sich auch dieses Jahr auf flächendeckende Stromabschaltungen gefasst machen, wie es sie 2003 in zahlreichen Ländern – zuletzt in Italien – gegeben hat. Mit ein Grund dafür sei die Zurückhaltung der Strombranche bei Investitionen in das Leitungsnetz, «weil es sich nicht rentiert», sagte der Chef des niederösterreichischen Energieversorgers EVN, Rudolf Gruber. «Es muss zuerst das Licht ausgehen, damit etwas geschieht. Das ist absurd.» Gruber erwartet, dass sich das Szenario aus 2003 im Jahr 2004 wiederholt und der Strom in Europa öfters flächendeckend ausfällt.

Indien will KKW-Produktion drastisch erhöhen

(d) Wegen des enorm wachsenden Energiebedarfs will Indien die Produktion von Kernenergiestrom bis zum Jahr 2020 mehr als versiebenfachen. Die Leistung der indischen Kernkraftwerke solle durch den Bau neuer eigener Kraftwerke auf 20 000 MW gesteigert werden. Die 14 derzeit operierenden Kernkraftwerke leisten 2770 MW.

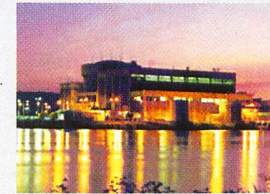
Information sur le stockage des déchets radioactifs

(ofen) Dans le cadre de l'examen de l'étude de faisabilité du stockage des déchets hautement radioactifs, l'Office fédéral de l'énergie (OFEN) attache une grande importance à l'information, celle-ci devant être livrée en temps opportun et être la plus complète possible.

Depuis le début des années 80, la Suisse déploie d'importants efforts dans la recherche de solutions en vue de gérer les déchets radioactifs de manière sûre et durable. Ces efforts ont culminé avec la remise à la Confédération, fin 2002, par la Société coopérative nationale pour le stockage des déchets radioactifs (Nagra), d'un rapport sur la faisabilité du stockage des déchets hautement radioactifs. L'OFEN a institué en 2003 un groupe de travail Information et communication et un Forum technique afin d'associer les autorités suisses et allemandes au processus. La définition

60 statt 40 Jahre bereits für 23 US-Kernkraftwerke

(sva) Ende 2003 haben die amerikanischen Kernkraftwerke Catawba-1 und -2 sowie McGuire-1 und -2 von der nuklearen Aufsichtsbehörde NRC die Bewilligung für 20 weitere Betriebsjahre erhalten. Im November hatte Fort-Calhoun-1 die entsprechende Bewilligung erhalten. Damit können auch diese Kernkraftwerke während je 60 Jahren zu einer sauberen Stromversorgung beitragen. Im amerikanischen System werden die Betriebsbewilligungen für 40 Jahre ausgestellt, mit der Option einer Erstreckung auf 60 Jahre. Bisher haben insgesamt 23 US-Kernkraftwerke die Bewilligung für 60 Jahre Betrieb erhalten. Für weitere 12 sind die entsprechenden Gesuche hängig und für rund 20 wird das Gesuch innerhalb der nächsten Jahre erwartet. Somit visieren bereits über die Hälfte aller US-Kernkraftwerke 60 Jahre Betriebsdauer an.



Von oben: Kernkraftwerke Catawba-1 und -2, Kernkraftwerke McGuire-1 und -2, Kernkraftwerk Fort Calhoun. (Bilder NRC)

du mandat et de la composition de ces instances auxquelles participent des représentants des gouvernements respectifs est actuellement en cours.

Photovoltaik-Vorschaltgesetz in Deutschland

(bsi) Am 1. Januar 2004 trat das deutsche Photovoltaik-

Vorschaltgesetz (2. Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes) in Kraft. Damit erhalten nun alle Betreiber von Solarstromanlagen, die ihre Anlage in diesem Jahr in Betrieb nehmen, die erhöhten Fördersätze zwischen 54 ct und 57,4 ct/kWh für Anlagen auf Gebäuden. Für Fassadenanlagen wird zusätzlich ein Bonus von 5 ct/kWh bezahlt.



Dafür gibt es in Deutschland viel Geld: PV-Dachanlage.